

Finnland

Kaisa Korhonen¹

Es war ein unerwartet ereignisreiches Jahr für die finnische Europapolitik. Mit Fug und Recht kann wohl behauptet werden, dass in Finnland über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses und einige EU-Politikbereiche lebhafter als je zuvor diskutiert wurde. Abgesehen vielleicht von der Zeit, als Finnland vor sechzehn Jahren kurz vor dem Beitritt zur Europäischen Union stand oder als 1998 das finnische Parlament mit eindeutiger Mehrheit für den Euro stimmte – allerdings mit dem Unterschied, dass die Diskussionen damals von positiven Erwartungen über eine gemeinsame europäische Zukunft getragen wurden. Im letzten Jahr waren die Debatten hingegen getrübt von der Angst, wie sich die Mitgliedschaft in der Eurozone lang- und kurzfristig auf die wirtschaftlich gute Lage des Landes auswirken wird. Der Chor der EU- und Euro-Gegner war lauter, als es noch vor ein paar Jahren überhaupt denkbar gewesen wäre. Auch war das europaweite Interesse an den finnischen Verhandlungspositionen ausgeprägter, als es das kleine nördliche EU-Land bisher gewöhnt war. Insbesondere im Frühjahr 2011 gab es ein bisher beispielloses Drama in mehreren Akten, als die Parteien das EU-Rettungspaket für Portugal in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagnen rückten – mit dem Ergebnis, dass es nach den Wahlen vier Parteien gab, anstelle von bisher drei angestammten Parteien.

Es war ohne Zweifel ein Thema, das die politische Agenda des vergangenen Jahres bestimmte: die Wirtschaftskrise und ihre Lösung. Diese zog sich entsprechend auch als rote Linie durch die EU-Politik Finnlands. Ein weiteres bedeutendes Anliegen waren Grenzschutz und Einwanderung, zwei eng miteinander verknüpfte Politikbereiche, die sowohl in der nationalen wie in der europäischen Politik einen hohen Stellenwert einnahmen. Mediale Aufmerksamkeit erhielten in Finnland auch die EU-Kandidatur Islands sowie die Nordic Battle-Group, die sich im ersten Halbjahr 2011 nicht im Einsatz befand. Wie üblich galt das Interesse in Finnland zudem den EU-Politikbereichen, die entweder für das Baltikum oder den visafreien Reiseverkehr zwischen der EU und Russland von Belang sind. Berichtet wurde außerdem über die Pläne, den Mutterschutz EU-weit zu verlängern und das Patentwesen in der EU weiter zu harmonisieren. Allerdings wirkten all diese Themen im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise nebensächlich.

Parteipolitische Nervosität im Vorfeld der Wahlen

Finnlands EU-Jahr 2010/2011 wird durch eine Reihe von Entscheidungen zu den EU-Rettungspaketen markiert. Unter der Führung von drei verschiedenen Ministerpräsidenten fanden drei wichtige Abstimmungen über die Rettungspakete statt. Die ersten Anleihen für Griechenland wurden vom finnischen Parlament im Mai 2010 unter Ministerpräsident Matti Vanhanen (Zentrumspartei) gebilligt, der nur einen Monat später an seinem letzten Gipfeltreffen des Europäischen Rates teilnehmen sollte. Die Beteiligung Finnlands in Höhe von 1,6 Mrd. Euro kam trotz der Gegenstimmen der Sozialdemokratischen Partei, der Linken Partei und der – zu diesem Zeitpunkt noch unrelevanten – Wahren Finnen zustande.

¹ Übersetzt aus dem Englischen.

Es kann jedoch keine Rede davon sein, dass sich lediglich die Opposition für eine Restrukturierung der griechischen Schulden ausgesprochen hätte, bevor weitere Kredite eingeräumt werden sollten. Auch äußerte der – und das ist vielleicht am bemerkenswertesten – ehemalige Parlamentssprecher und der heutige Präsidentschaftskandidat der Nationalen Sammlungspartei Sauli Niinistö seine Verwunderung über die Idee für nationale Kredite gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Er vertrat die Meinung, dass ein solcher Ansatz nicht nur den bestehenden EU-Verträgen widersprechen würde, sondern – mit Referenz auf die Vereinigten Staaten von Amerika – auch zu einer vertieften Integration führen würde, die über eine Föderation hinausginge.² Er benannte als Hauptursache der Krise die Tatsache, dass gemeinsam verabschiedete Regeln nicht eingehalten worden wären und dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht ausreichend sei, um dies in Zukunft sicherstellen zu können.³

Die andere Seite der Debatte wurde vom finnischen Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen Olli Rehn (Zentrumspartei) repräsentiert, der die gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euro betonte, selbst wenn dies die Bereitstellung von Krediten für andere Mitgliedstaaten einschließt.⁴ Dies würde, wie auch die Errichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), seiner Ansicht nach nicht den Vertragsbestimmungen widersprechen.⁵ Seine Parteifreundin Mari Kiviniemi, die Matti Vanhanen als Ministerpräsidentin nach dessen Rücktritt folgte und das Amt bis zur Übernahme durch Jyrki Katainen von der Nationalen Sammlungspartei nach den Parlamentswahlen im Juni 2011 inne hatte, verfolgte eine sehr ähnliche Linie mit ihrem EU-Konzept. Sie wurde bekannt für ihre „3K“-Lösung: „Kuri“, „koordinaatio“ und „kilpailukyky“ sind die finnischen Worte für Disziplin, Koordination und Wettbewerbsfähigkeit. Sie sprach sich für strenge Sanktionen für diejenigen Länder aus, die künftig gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen; für eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU; und für eine Verschuldungsbremse durch Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.⁶ Dies wurde auch als „die deutsche Politik“ präsentiert. Nach ihrem Treffen mit Angela Merkel im September 2010 brachte es die damalige Ministerpräsidentin Mari Kiviniemi tatsächlich mit diesen Worten auf den Punkt: „Finnland und Deutschland sind sich in vielen Fragen bis ins kleinste Detail nahezu erschreckend einig.“⁷

Als Deutschland und Frankreich nach ihrem Treffen in Deauville ihren Amtskollegen überraschend ihren gemeinsamen Kompromiss unterbreiteten – dieser enthielt die deutsche Forderung nach einer Vertragsänderung sowie die französische Abneigung gegen automatische Sanktionen –, wurde wieder die Nähe zu Deutschland ins Feld geführt, um den öffentlichen Bedenken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schließlich stand die Befürchtung im Raum, dass es wieder die großen Mitgliedstaaten sind, die die Entscheidungen treffen, während die kleinen Staaten außen vor gelassen werden. Alexander Stubb, zu dieser Zeit finnischer Außenminister, wurde zitiert mit den Worten: „In jedem Finnen steckt ein kleiner Deutscher.“⁸ Nach Ansicht der finnischen Kommentatoren lag das Problem auch nicht in den inhaltlichen Aussagen der französisch-deutschen Erklärung, sondern vielmehr in der Art und

2 Niinistö ihmettelee ajatusta EU:n yhteisvastuusta, Helsingin Sanomat, 01.07.2010, und EU:ssa luotu harhakuvia, Helsingin Sanomat, 02.10.2010.

3 Euromailia ei yhteisvastuuta, Kaleva, 20.10.2010

4 Rehn: Yhteisvastuu ei riko perussopimusta, Helsingin Sanomat, 02.10.2010.

5 Ebd.

6 Kiviniemellä ja Merkelillä yhteinen sävel talouskurista, Aamulehti, 02.09.2010.

7 Ebd.

8 Stubb: Jokaisen suomalaisen sisällä on pieni saksalainen, Turun Sanomat, 22.10.2010.

Weise ihres Zustandekommens. In Finnland wurde die Deauville-Affäre als negative Entwicklung nicht nur für die kleinen Mitgliedstaaten, sondern auch für die EU-Kommission und die Gemeinschaftsmethode gewertet. Mit anderen Worten: Diese Entwicklung diente den größten Mitgliedstaaten und favorisierte die intergouvernementale Methode – beides liegt nicht im finnischen Interessen. In erster Linie ging es demnach um eine prinzipielle Frage, und die in der Erklärung enthaltenen Vorschläge waren nicht unbeliebt genug, um eine größere Auseinandersetzung zu provozieren. Die ehemalige Premierministerin Kiviniemi ließ daher – pragmatisch, wie sie ist – kurz darauf verlautbaren, dass sie einer Vertragsänderung zustimmen würde, sollte diese für einen glaubwürdigen Krisenmechanismus nötig sein.⁹

Als Finnland nach der zweiten Bewilligung von Krediten für Griechenland Sicherheiten verlangte, erinnerten sich nur wenige daran, dass Finnland die Kommission bereits Ende des Jahres 2010 im Zusammenhang mit den Krediten für Irland aufgefordert hatte, die Möglichkeit solcher Garantien zu prüfen. Diese Sicherheiten wurden damals jedoch nicht für möglich erachtet, u.a. da es sonst zu einer zeitlichen Verzögerung der Rettungspläne gekommen wäre.¹⁰ Aufgrund der strikten Bedingungen, die an die Kredite für Irland geknüpft waren (der finnische Anteil betrug 740,7 Mio. Euro), akzeptierte die Mitte-Rechts-Regierung zum damaligen Zeitpunkt die Antwort der Kommission. Am 2. Dezember stimmte das finnische Parlament trotz des Widerstands der Opposition der Vereinbarung zu.

Bereits als die Kredite für Irland ausgehandelt wurden, war klar, dass die finnische Haltung in der Wirtschaftskrise das zentrale Thema bei den bevorstehenden Wahlen werden würde. EU-Politik wurde nicht mehr getrennt von der Innenpolitik gemacht. Neben der zu erwartenden Skepsis der populistischen Wahren Finnen, äußerte auch die stärkste Oppositionspartei, die Sozialdemokraten, ihren Unmut über die Rettungspakete und forderte eine stärkere Verantwortung von den Banken und Investoren – und im Fall von Irland höhere Steuersätze für Unternehmen.

Für Schlagzeilen sorgten auch einige Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die nicht nur die EU-Rettungspakete, sondern auch die Art und Weise des europäischen Regierens kritisierten. Wie oben mit Bezug auf den EU-Entscheidungsprozess erwähnt, bestand über die Parteigrenzen hinweg Enttäuschung über den neuen Aktivismus des Europäischen Rates: Große Mitgliedstaaten brachten ihre Interessen zur Sprache und delegierten dann die künftige Beschlüsse vorbereitenden Arbeiten an den Präsidenten des Europäischen Rates statt an die Kommission, die formal über das Initiativrecht verfügt.¹¹

Die ausbleibende öffentliche Diskussion bei den Vorbereitungen der finnischen Verhandlungsposition im Vorfeld der Gipfeltreffen des Europäischen Rates und als Folge dessen die mangelnde Legitimität der politischen Entscheidungsfindung wurde in den ersten Monaten des Jahres 2011 von der Opposition heftig kritisiert. Obwohl der ehemalige Vorsitzende des EU-Ausschusses Erkki Tuomioja, ebenfalls Sozialdemokrat, betonte, dass der finnische Parlamentsausschuss viel besser informiert sei, als die meisten Ausschüsse der nationalen Parlamente in der EU, endete die verbale Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten und der Zentrumspartei in einem gut dokumentierten Zwischenfall: Der damalige Ministerpräsident Kiviniemi warf der Opposition unpatriotisches Verhalten vor, nachdem diese für die Veröffentlichung vertraulicher Informationen zur finnischen Verhandlungsposition verantwortlich gemacht wurde.¹²

9 Merkel driver sin vilja igenom, Hufvudstadsbladet, 29.10.2010.

10 Suomi ei saanut vakuuksia Irlanti-lainoille, Aamulehti, 29.11.2010.

11 Tuomioja arvostelee nykyistä EU-päättösten valmistelutapaa, Aamulehti, 11.03.2011

Trotz aller Nervosität, die die Parteivorstände im Vorfeld der Wahlen und angesichts der beispiellosen Wirtschaftskrise in der Eurozone an den Tag legten, ist es doch wichtig zu betonen, dass nur eine einzige finnische Partei den europäischen Integrationsprozess grundsätzlich ablehnt, nämlich die Partei der Wahren Finnen. Alle anderen Parteien sehen in der Europäisierung einen Wert an sich und fördern keine kategorische Desintegration. Dennoch gibt es sicherlich parteipolitische Unzufriedenheit über die Europapolitik. Auch bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – also der Frage, ob auf nationaler oder europäischer Ebene eine Politik effektiver zu gestalten ist – unterscheiden sich die politischen Parteien in Finnland.

Vermutlich wegen der allgemeinen Wirtschaftslage in Europa ist es der einzigen Partei mit einem Anit-Integrationsprogramm nun gelungen, im Frühjahr 2011 einen Popularitätszuwachs zu verbuchen – öffentlichen Umfragen nach sogar in einem solchen Ausmaß, dass Mitte März vier Parteien gleich stark waren. Unter ihnen waren die Wahren Finnen, die vor den Wahlen mit nur fünf Abgeordneten im Parlament vertreten waren. Als Portugal dann nur wenige Wochen vor den Wahlen um finanzielle Unterstützung der EU bat, war von den Wahlen im April nichts anderes zu erwarten als ein wahrhaft politisches Drama.

Das Wahldrama und die Zeit danach

Die Wahlen im April 2011 waren ein Drama – oder „ein Thriller“, wie die größte Tageszeitung Helsingin Sanomat schrieb.¹³ Anstelle von drei großen Parteien (Zentrum, der Nationalen Sammlungspartei und den Sozialdemokraten) gibt es jetzt vier mittelgroße Parteien: Die Nationale Sammlungspartei (20,4%), die Sozialdemokraten (19,1%), die Wahren Finnen (19%) und das Zentrum (15,8%). Viele Rekorde wurden gebrochen und der damit einhergehende Wandel der Parteienlandschaft war nicht vorhersehbar: Die Wahren Finnen erzielten den bisher größten Wahlsieg, das Zentrum erlitt die bisher größte Wahlniederlage.¹⁴

Durch den Aufstieg der offen populistischen und durch und durch EU-kritischen Wahren Finnen, die nach den Wahlen ihren englischen Namen („True Finns“) in die Finnen („Finns“) änderten, standen schwierige Koalitionsverhandlungen bevor. Nur die größte Partei, die Nationale Sammlungspartei, sprach sich für eine Zustimmung zum portugiesischen Rettungspaket aus; die Sozialdemokraten forderten als zweitgrößte Partei weiterhin Investoren stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die Zentrumsparterie war aufgrund ihrer Wahlniederlage nicht an den Regierungsverhandlungen beteiligt. Die Partei der Finnen war aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Rettungspaketen zu keinen Kompromissen bereit. Anfang Mai sah es während der Regierungsverhandlungen in der Tat für eine Weile so aus, als ob für die portugiesischen Rettungspakete keine parlamentarische Unterstützung zustande kommen würde. Hitzige Debatten wurden geführt, was ein „Nein“ Finnlands für das Rettungspaket bedeuten würde und wie sich ein mögliches „Nein“ des Landes auf dessen Ruf und seine zukünftige Verhandlungsposition in der Europäischen Union auswirken könnte.

Nach den bisher längsten Koalitionsverhandlungen konnte Mitte Juni 2011 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Jyrki Katainen gebildet werden. Die Nationale Sammlungspartei, die zum ersten Mal als größte Partei im Parlament vertreten war, und die Sozialdemokraten, die schließlich den Finanzminister stellten, hatten sich im Mai 2011 doch noch auf einen gemeinsamen Ansatz für das künftige finnische Vorgehen bei der Krisenbewältigung in der Eurozone einigen können – und damit die Grundlage für die spätere gemeinsame Regierungsbildung geschaffen. Die finnischen Medien bezeichneten die

12 SDP pillastui vuotosyötöksistä, Helsingin Sanomat, 11.03.2011.

13 Vaaleista tuli hurja trilleri, Helsingin Sanomat, 18.04.2011.

14 Eduskuntavaalit olivat ennätystehdas, Helsingin Sanomat, 19.04.2011.

neue Regierung als „Six-Pack“, da sie – bis auf die Zentrumspartei und die Partei der Finnen – alle Parteien einschloss.

Die Koalitionsverhandlungen blieben jedoch nicht ohne Folgen für die unmittelbare EU-Politik Finnlands. Der Kompromiss zwischen der Nationalen Sammlungspartei und den Sozialdemokraten wurde als Änderung der bisherigen EU-Politik präsentiert: Finnland würde künftig Sicherheiten verlangen, wenn Länder Kredite von der Europäischen Finanzstabilisierungs-Fazilität (EFSF) erhalten.¹⁵ Den Sommer über und bis zum Beginn der Sitzungsperiode im Herbst wurde in den nationalen Medien darüber spekuliert, wie weitreichend dieser Wandel sein würde und mit welchen Folgen für die politischen Einflussmöglichkeiten Finnlands in Europa zu rechnen war. Das Parlament stimmte schließlich wieder mit großer Mehrheit für das portugiesische Rettungspaket (der finnische Anteil betrug rund 1 Mrd. Euro) und für die EFSF-Erweiterung von 440 Mrd. auf 780 Mrd. Euro (der finnische Anteil stieg von 7,9 auf rund 13,9 Mrd. Euro). Der Abstimmung ging allerdings eine Erklärung voraus, dass für Finnland die Bereitstellung von Sicherheiten nicht verhandelbar sei. Finnland wird künftig nicht mehr bereit sein, anderen Ländern Kredite im EFSF-Rahmen ohne Sicherheiten aus den entsprechenden Ländern zu gewähren.¹⁶ Als dann das zweite Rettungspaket für Griechenland ausgehandelt wurde, beharrte die finnische Politik auf diesen Bedingungen, obwohl deren Nutzen und vor allem die politischen Kosten auch in den nationalen Medien kritisiert wurden. Laut einer Meinungsumfrage im August 2011 stand die Mehrheit der Finnen jedoch hinter der Politik ihrer Regierung und befürwortete die Bereitstellung von Sicherheiten: Lediglich ein Fünftel war bereit, auf die Sicherheiten im Fall Griechenlands zu verzichten.¹⁷

Die strenge finnische Haltung bei den EU-Rettungspaketen wurde nach den Wahlen von Alexander Stubb, derzeit Minister für europäische Angelegenheiten und Außenhandel, im September 2011 humorvoll als EU-Politik der „Angry Birds“ bezeichnet. Er bezog sich dabei auf ein beliebtes Videospiel eines finnischen Unternehmens, bei dem die flügellosen „Angry Birds“ auf grüne Schweine gefeuert werden, die Vogeleier gestohlen haben. Diese Metapher sollte zeigen, dass das finnische Volk genug von denjenigen EU-Mitgliedstaaten hatte, die sich nicht an die gemeinsam vereinbarten Regeln hielten.¹⁸ Die Metapher stand auch für einen anderen Politikbereich: Das finnische und niederländische Veto zur Schengen-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien im September 2011 machte Finnland erneut zum „Angry Bird“. Die beiden politischen Sachverhalte haben eine Gemeinsamkeit: Während Griechenland der Eurozone zu früh beitrug, dürften Bulgarien und Rumänien wohl ebenfalls zu einem übereilten Zeitpunkt Mitglieder der EU geworden sein. Vermutlich ist es nun nicht im Interesse der Politik, dass dies auch beim Schengen-Beitritt von Bulgarien und Rumänien der Fall sein könnte.

Über Griechenland wurde nicht nur wegen der Wirtschaftskrise gesprochen, sondern auch wegen der Themen Einwanderung und Grenzsicherung. Erstens, Finnland und einige andere europäische Länder hatten im Januar 2011 die Rückführung von Asylbewerbern im Einklang mit dem Dublin-Abkommen nach Griechenland gestoppt, da nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die menschenrechtlichen Anforderungen in Griechenland nicht mehr gegeben waren.¹⁹ Zweitens, Griechenland wurde im selben

15 Sinipuna on hallituksen runko, Helsingin Sanomat, 12.05.2011.

16 EU: Iltä ymmärrystä Suomen ehdottomille vakuusvaatimuksille, Turun Sanomat, 18.05.2011.

17 Euron vastustus lisääntyy, Helsingin Sanomat, 07.09.2011.

18 Stubb: Suomi harjoittaa Angry Birds –politiikkaa, Suomenmaa, 28.09.2011.

Jahr als das Land bekannt, in dem die Schengen-Grenzen am durchlässigsten waren: Vor allem die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland war hinsichtlich der illegalen Einwanderung in die EU problematisch, 90 Prozent der im Jahr 2010 illegal Eingereisten kamen über Griechenland.²⁰ Das Veto gegen den Schengen-Beitritt wurde offiziell unter anderem begründet mit Korruption und organisierter Kriminalität, es gab aber auch einen geographischen Grund: Bulgarien grenzt nicht nur an die Türkei, es wäre auch das erste Schengen-Land, dass an Griechenland angrenzt.²¹

Die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Roma sorgte zusätzlich dafür, dass Grenzsicherung und Einwanderungspolitik weiterhin in der Diskussion blieben. Obwohl es zu keinen Sammelabschiebungen vergleichbar mit denen in Frankreich gekommen ist, wurden in Helsinki doch die illegalen Lager der Roma aufgelöst. Darüber hinaus wurde ein Bettelverbot in Finnland diskutiert, nachdem beinahe über Nacht viele bettelnde Roma in den Straßen aufgetaucht sind. Die bettelnden Roma stammen größtenteils aus Rumänien und genießen daher bereits Freizügigkeit in der EU. Dementsprechend hat Innenminister Päivi Räsänen erklärt, dass die finnische Schengen-Entscheidung unabhängig von der finnischen Innenpolitik (sprich: der Zunahme populistischer Stimmen nach dem Wahlsieg der „Finnen“) getroffen wurde.²² Und in der Tat entsprach die Entscheidung der langfristigen finnischen Herangehensweise an das Problem. Was jedoch Anfang des Jahres 2011 lediglich eine unbedeutende Nachrichtenmeldung war, wurde ein halbes Jahr später zur Schlagzeile. Die politische Atmosphäre war angespannt und Finnland musste sich plötzlich Sorgen machen, seinen Ruf als unbescholtener EU-Musterschüler zu verlieren.

Für Finnlands strenge Wirtschaftspolitik gibt es noch eine Reihe weiterer Erklärungen. Von einem Land, das Anfang der 1990er Jahre eine schwere Wirtschaftskrise durchlebte, von der es sich zwar langsam, aber aufgrund der dafür nötigen strengen wirtschaftlichen Disziplin und Restrukturierungsmaßnahmen nur schmerzhaft wieder erholte, kann nichts anderes erwartet werden, als die Favorisierung eines ähnlichen Ansatzes für die jetzt in Schwierigkeiten geratenen Länder – und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Einige Kommentatoren würden vielleicht auch einen protestantischen Arbeitsethos erklärend anführen. Es ist sicherlich eine große Enttäuschung für die Finnen, dass zusätzlich zur Verletzung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Falle von Griechenland auch schlicht und einfach Statistikbetrug betrieben wurde. Schließlich spielt auch noch eine Rolle, dass Finnland zu der Gruppe der nördlichen AAA-Ländern zählt, die es vermutlich eher als andere als unfair empfinden, für die schlechte Beurteilung anderer zur Kasse gebeten zu werden, obwohl sie selbst gut gewirtschaftet haben.

Viele politische Kommentatoren haben dennoch, durchaus auch zu Recht, vor zu viel Arroganz gewarnt: Niemand kann sicher sein, dass die Situation des Landes langfristig stabil bleibt. Berücksichtigt man all diese plausiblen Erklärungen, dann erscheint die EU-Politik der „Angry Birds“ nicht nur als Ergebnis des populistischen Zuwachses bei den Parlamentswahlen – der tief greifende Wandel der Parteienlandschaft erklärt allerdings die außergewöhnliche Nervosität der finnischen Europapolitik des letzten Jahres.

19 Suomi ei enää käännytä turvapaikanhakijoita Kreikkaan, Aamulehti, 23.01.2011 und Turvapaikanhakijan käännytys Kreikkaan voi käydä kalliiksi, Helsingin Sanomat, 25.01.2011.

20 Suomelta henkilöstöä hillitsemään pohjoisafrikkalaisten muuttoa, Turun Sanomat, 24.02.2011; Tuhannet äveriäät nuoret miehet pyrkivät EU:n rannoille, Aamulehti, 13.03.2011; und Euroopan reunoilla, Helsingin Sanomat, 05.06.2011.

21 Romanian ja Bulgarian pääsy Schengen-alueelle lykkääntyy, Aamulehti, 29.01.2011.

22 Suomi närkästytti Eurooppaa, Helsingin Sanomat, 23.09.2011.